
Grundlagen des Informantenschutzes

Inhaltsverzeichnis

Demokratie funktioniert nicht ohne Informantenschutz	10
Gastbeitrag von Sara Ohr und Professor Dr. Rolf Schwartmann	12
Die medienethische Begründung des Informantenschutzes	20

Zusammenfassung

An wirklich sensible Informationen kommen Journalisten in der Regel nur über Informanten. Das ist den Mächtigen im Lande nicht recht. Sie wollen verhindern, dass Journalisten Missstände auf der Basis von Whistleblower-Informationen aufdecken. Neue Strafgesetze sollen das erschweren. PR-Kampagnen rücken Informanten in ein schlechtes Licht. Aus- und Fortbildung von Journalisten in Sachen Informantenschutz wird konterkariert. Wenn wir es nicht schaffen, eine breite gesellschaftliche Diskussion über die Bedeutung von Whistleblowing zu initiieren, wird es auch in den nächsten Jahren schlecht stehen um den Informantenschutz in Deutschland.

Schlüsselwörter

Rechtsgrundlagen · Grundrechte · Politische Absicherung · Demokratietheorie · Rolf Schwartmann

Recherche hat es schwer im deutschen Journalismus. Hier wurde sogar die Wortwendung von der „investigativen Recherche“ erfunden, um das systematische Suchen nach Informationen im journalistischen Gewerk eigens zu adeln. Viele Lokalzeitungen leisten sich recherchierende Journalisten schon lange nicht mehr. Die verdeckte Recherche gilt nicht wenigen als halbseidenes Gewerbe, und die Zusammenarbeit mit Informanten aus Behörden, Unternehmen und Organisationen als semikriminell. Auf der anderen Seite feiern einige Kollegen (Kolleginnen sind hier zumeist wesentlich zurückhaltender) schon einfachste Recherche-Tätigkeiten wie das Befragen einer zweiten Quelle als investigative Superleistung und tragen somit auch gehörig zum schrägen Bild der Recherchetätigkeit von Journalisten in der Öffentlichkeit bei. Wenn dann die einfache Tatsachenüberprüfung schon als „superinvestigativ“ ausgeschmückt wird wie ein hochdramatischer Thriller, wenden sich viele Leser, Hörer und Zuschauer nur noch achselzuckend ab.

Demokratie funktioniert nicht ohne Informantenschutz

Der Informantenschutz wird sträflich vernachlässigt von diesen Kollegen, weil sie ihn in ihrer Thriller-Euphorie schlichtweg übersehen. Hier handelt es sich nicht um fehlendes handwerkliches Wissen, wie Informantenschutz umgesetzt wird, sondern um die Ausblendung eines grundlegenden Recherchebereiches.

Das spielt denjenigen, die etwas zu verbergen haben, in unserer Republik in die Hände. Denn ihnen ist daran gelegen, dass Rechtsbrüche, Gaunereien und Missstände unter der Decke bleiben und gerade nicht öffentlich werden. Wenn man Mitarbeiter und Bürger ausreichend und auf Dauer abschreckt, belastendes Material über Korruption, Untreue oder sogar geplante Verfassungsbrüche an Journalisten weiterzugeben, damit die den gesamten Vorgang berichten und öffentlich machen, kann man die eigene Macht absichern und ausbauen. Kriminelle Methoden können dabei durchaus hilfreich sein, solange sie nicht entdeckt werden.

Als Wächter der Demokratie sind Whistleblower genauso unverzichtbar wie Journalisten. Das System der Checks & Balances in der Bundesrepublik funktioniert nur, wenn Bürger und Mitarbeiter bereit sind, Journalisten über Missstände in ihrem Bereich zu berichten, und sie sich gleichzeitig darauf verlassen können, dass ihnen durch ihre Informantentätigkeit keine Nachteile entstehen. Deshalb muss ihre Identität absolut geschützt werden. Informantenschutz ist eine wesentliche Voraussetzung, damit Journalisten ihre Wächterfunktion wahrnehmen können.

Doch der Informant wird oft in die Ecke des Verräters gestellt. Die Whistleblower-Tätigkeit wird durch eine geschickte Strategie abgewertet und herabgewürdigt. Ihre

hohe Bedeutung für das Gemeinwohl wird in Abrede gestellt. Das ist die eine Gefahr. Die andere Gefahr für den Informantenschutz besteht darin, dass er als überflüssig betrachtet wird, weil Journalisten sich in einer Art schrankenlosen Parallelwelt wähnen.

Natürlich darf auch die Freiheit von Presse und Rundfunk nicht schrankenlos sein. Denn diese Freiheit konfligiert natürlich mit anderen Rechtsgütern. Deshalb sind Rechtsnormen, die hier zwischen den Rechtsgütern abwägen, unerlässlich. Wenn sich Journalisten nach der Veröffentlichung von vertraulichen Unterlagen, die ihnen Behördenmitarbeiter – durchaus im Sinne des Gemeinwohls – ausgehändigt haben, überrascht geben, dass die zuständige Staatsanwaltschaft wegen Geheimnis- oder sogar Landesverrats ermittelt, sind sie naiv.

Wenn diese Kollegen dann noch fordern, dass nicht ermittelt werden darf, weil die Freiheit von Presse und Rundfunk schrankenlos sei, fordern sie ein Mediensonderrecht, das sich nicht nur aus historischen und rechtsdogmatischen Gründen verbietet. Wenn sie darüber hinaus bei diesen wichtigen Recherchen den Informantenschutz so nachlässig beachten, dass die hier tätigen Whistleblower leicht enttarnt werden können, gefährden sie die Wächterfunktion und damit das System der Checks & Balances in dieser Republik.

Ein effizienter Informantenschutz wird gleich von mehreren Seiten behindert. Es ist wirklich schwierig. Diejenigen, die etwas zu verbergen haben, wollen ihn in strategischer Hinsicht abschaffen. Diejenigen, die ihn missachten, schaffen ihn faktisch ab. Diejenigen, die das Rechtsgut der Freiheit der Medien aus dem System der Checks & Balances herausnehmen wollen und also schrankenlos werden lassen wollen, sind der Meinung, man brauche in einer modernen Mediengesellschaft diesen Informantenschutz nicht mehr. Und wenn Informantenschutz überflüssig wird, muss man auch nicht mehr die Mühen seiner handwerklichen Umsetzung auf sich nehmen.

Es gibt also viele Gegner und Feinde des Informantenschutzes, und sie sind nicht immer auf den ersten Blick als Gegenspieler der Wächterfunktion freier Medien und als Feinde einer rechtsstaatlichen Demokratie zu erkennen. Auch dieser schleichende Abbau des Informantenschutzes vom Standpunkt einer falsch verstandenen grenzen- und schrankenlosen Medienfreiheit aus unterhöhlt den Informantenschutz. Diese Tendenz ist genauso gefährlich wie die Verschärfung von Strafnormen, um unliebsame Berichterstattung zu verhindern.

Was für den demokratischen Rechtsstaat unerlässlich ist, ist ein Informantenschutz auf hohem handwerklichen Niveau, der von Journalistinnen und Journalisten umgesetzt wird, die sich und ihren Lesern, Hörern und Zuschauern Rechenschaft ablegen über die Verhältnismäßigkeit ihres professionellen Tuns. Informantenschutz

hat also rechtliche und ethische Voraussetzungen und Bedingungen. Für die Erörterung der rechtlichen Dimension konnten wir Sara Ohr und Prof. Dr. Rolf Schwartmann von der Kölner Forschungsstelle für Medienrecht an der TH Köln gewinnen.

Gastbeitrag von Sara Ohr und Professor Dr. Rolf Schwartmann

Rechtsgrundlagen

I. Bedeutung des Informantenschutzes

Indem Presse und Rundfunk Informationen zu Ereignissen von allgemeiner Bedeutung beschaffen, verbreiten und kritisch kommentieren, leisten sie einen unverzichtbaren Beitrag zur öffentlichen, insbesondere politischen, Meinungsbildung. Erst mit der Möglichkeit, sich umfassend aus verschiedenen Quellen unterrichten zu können, wird der Bürger zur Bildung einer freien Meinung über gesellschaftlich relevante Fragen befähigt. Allerdings stoßen Journalisten in ihren eigenen Recherchebemühungen nicht selten an ihre Grenzen. Zahlreiche Themen von öffentlichem Interesse werden häufig erst mit Hilfe von Informanten aufgedeckt oder derart konkretisiert, dass eine Berichterstattung möglich wird. Da hierbei oftmals die berufliche Zukunft oder sogar Leib und Leben auf dem Spiel stehen, wird ein Informant aber regelmäßig nur dann zur Preisgabe seines Wissens bereit sein, wenn er vor der Aufdeckung seiner Identität hinreichend geschützt ist.

II. Verfassungsrechtlicher Informantenschutz

1. Presse und Rundfunkfreiheit

Verfassungsrechtlich wird der Schutz des Informanten über die Grundrechte der Presse- und Rundfunkfreiheit gewährleistet (Art. 5 Abs. 1 S. 2 GG). Aufgrund ihres entscheidenden Beitrags zur politischen Meinungsbildung sind eine freie Presse und ein freier Rundfunk für den freiheitlich demokratischen Staat von besonderer Bedeutung.¹ In seiner subjektiv-rechtlichen Funktion gewährleistet Art. 5 Abs. 1 S. 2 GG den im Presse- und Rundfunkbereich tätigen Personen und Organisationen daher bestimmte Freiheitsrechte. Objektiv-rechtlich wird darüber hinaus die institutionelle Eigenständigkeit von Presse und Rundfunk sichergestellt.²

¹In ähnlicher Weise beschreibt das *BVerfG* das Grundrecht der freien Meinungsäußerung für die freiheitliche Demokratie als „schlechthin konstituierend“, vgl. nur *BVerfGE* 5, 85, 134, 199, 206 f.; 7, 198, 208, 212.

²*BVerfG* NJW 2007, 1117, 1118 – Cicero.

Vom grundrechtlichen Schutzbereich erfasst sind nicht nur die originären Presse- und Rundfunkaktivitäten, sondern darüber hinaus auch diejenigen Hilfstätigkeiten, ohne die die Medien ihre demokratische Funktion nicht in angemessener Weise erfüllen können.³

Geschützt ist die Beschaffung der Information bis hin zur Verbreitung der Nachricht und der Meinung. Insbesondere erfasst die Presse- und Rundfunkfreiheit die Vertraulichkeit der Redaktionsarbeit sowie das Vertrauensverhältnis zwischen den Medien und ihren Informanten.⁴ Da Presse und Rundfunk auf deren Hinweise und Auskünfte nicht verzichten können, muss sich der Informant grundsätzlich darauf verlassen können, dass das Redaktionsgeheimnis gewahrt bleibt.⁵

2. Eingriffe

Die Freiheit von Presse und Rundfunk ist allerdings nicht schrankenlos gewährleistet. Die benannten Rechte finden ihre Schranken insbesondere in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze (Art. 5 Abs. 2 GG). Darunter sind alle Normen zu fassen, die sich nicht gegen die Freiheit von Presse und Rundfunk als solche oder gegen die Äußerung einer bestimmten Meinung richten, sondern vielmehr dem Schutz eines schlechthin zu schützenden Rechtsguts dienen. Dieses Rechtsgut muss in der Rechtsordnung allgemein und damit unabhängig davon geschützt sein, ob es durch Meinungsäußerungen oder auf andere Weise verletzt werden kann. So schützt etwa der Straftatbestand der Beleidigung die persönliche Ehre des Beleidigten. Im Rahmen einer Güterabwägung ist sodann zu klären, ob die Interessen des im allgemeinen Gesetz geschützten Rechtsguts – also der Ehre – überwiegen, dem das allgemeine Gesetz zu dienen bestimmt ist.⁶ Soweit die zur Beschränkung der Presse- und Rundfunkfreiheit ermächtigenden Rechtsnormen auslegungsbedürftig sind, darf die Auslegung allerdings nicht zur Außerachtlassung des besonderen Schutzgehalts der Meinungsfreiheit führen.⁷

Mit Blick auf den Informantenschutz kommen verschiedene Eingriffe in die Grundrechte der Presse- und Rundfunkfreiheit in Betracht. Denkbar sind etwa **Durchsuchungen von Redaktionsräumen, Beschlagnahmen** von Unterlagen und sonstigen Gegenständen, die fehlende Berücksichtigung von **Zeugnisverweigerungsrechten**, die **Überwachung** telefonischer bzw. internetbasierter

³BVerfG a.a.O.

⁴BVerfG NJW 2007, 1117, 1118; BVerfG NJW 2003, 1787, 1788.

⁵BVerfG NJW 1966, 1603, 1605.

⁶BVerfG NJW 2007, 1117, 1118.

⁷BVerfG NJW 2004, 2814, 2815.

Kommunikation (E-Mail, Internet-Telefonie, soziale Medien) oder die Ortung mobiler Endgeräte.⁸ Es ist staatlichen Stellen jedoch grundsätzlich verwehrt, sich Einblicke in die Vorgänge bei der Vorbereitung einer Sendung bzw. der Entstehung einer Zeitung oder Zeitschrift zu verschaffen.⁹

III. Einfachgesetzlicher Informantenschutz

Einfachgesetzlich, also außerhalb der Verfassung, wird der Informantenschutz sowohl prozessual durch Zeugnisverweigerungsrechte und Beschlagnahme- bzw. Durchsuchungsverbote als auch materiell-rechtlich mithilfe von Strafbefreiungen und eingeschränkten Auskunftsansprüchen gewährleistet.

1. Zeugnisverweigerungsrechte

Zeugnisverweigerungsrechte zugunsten von Personen, die berufsmäßig in Presse und Rundfunk mitwirken bzw. mitgewirkt haben, finden sich in sämtlichen Verfahrensordnungen. Vorrangig dienen sie dem Schutz der Identität des Beitragsersellers und des Informanten sowie den in diesem Verhältnis getätigten Aussagen.¹⁰

Personen, die bei der Vorbereitung, Herstellung oder Verbreitung von (periodischen) Druckwerken oder Rundfunksendungen berufsmäßig mitwirken oder mitgewirkt haben, sind zur Verweigerung des Zeugnisses über die Person des Verfassers oder Einsenders von Beiträgen und Unterlagen oder des sonstigen Informanten sowie über die ihnen im Hinblick auf ihre Tätigkeit gemachten Mitteilungen berechtigt.¹¹ Über die zivilprozessuale Vorschrift hinausgehend erfasst das Zeugnisverweigerungsrecht nach dem Strafprozessrecht¹² zudem Mitwirkende an Filmberichten sowie Informations- und Kommunikationsdiensten, die der Unterrichtung oder Meinungsbildung dienen.

Vor dem Hintergrund der teils schwierigen Abgrenzung zwischen selbst recherchierten und erst durch den Informanten erlangten Inhalten (sog. Eigen- und Fremdmaterial) sind selbst erarbeitetes Material sowie berufsbezogene Wahrnehmungen¹³ in den Schutz der Strafprozessordnung aufgenommen worden.¹⁴ Dies gilt allerdings nur, soweit es sich um Beiträge, Unterlagen, Mitteilungen

⁸Mit weiteren Beispielen *Kugelman* ZRP 2005, 260 f.

⁹BVerfG NJW 1984, 1741, 1742.

¹⁰Fricke/Gerecke AfP 2014, 293, 294.

¹¹§ 53 Abs. 1 S. 1 Nr. 5 StPO und § 383 Abs. 1 Nr. 5 ZPO.

¹²§ 53 Abs. 1 S. 1 Nr. 5 StPO.

¹³§ 53 Abs. 1 S. 2 StPO.

¹⁴Gesetz zur Änderung der Strafprozessordnung vom 15.2.2002, BGBl. I S. 682.

und Materialien für den redaktionellen Teil oder redaktionell aufbereitete Informations- und Kommunikationsdienste handelt.¹⁵ Eine ähnliche Beschränkung des Zeugnisverweigerungsrechts auf redaktionelle Inhalte findet sich im Zivilprozessrecht.¹⁶ Allerdings ist hier auf die weitgehende Gleichstellung zwischen Eigen- und Fremdmaterial verzichtet worden. Da ein sachlicher Grund für die restriktivere Handhabung des zivilprozessualen Zeugnisverweigerungsrechts nicht ersichtlich ist, kann insoweit von einem redaktionellen Versehen ausgegangen werden.¹⁷ Zweckmäßig erscheint daher eine Angleichung der Vorschrift an das erhöhte Schutzniveau des Strafprozessrechts.¹⁸

Eine weitere Ausdehnung des Schutzbereichs des strafprozessualen Zeugnisverweigerungsrechts ist mit dem im Jahr 2005 eingeführten Verbot der akustischen Wohnraumüberwachung vorgenommen worden (§ 100c Abs. 6 S. 1 StPO). Ein sog. Lauschangriff auf die Redaktionsräume von Presse oder Rundfunk ist demnach unzulässig.¹⁹

2. Beschlagnahmeverbot

Soweit das strafprozessuale Zeugnisverweigerungsrecht²⁰ reicht, ist die Beschlagnahme von Schriftstücken, Ton-, Bild- und Datenträgern, Abbildungen und anderen Darstellungen, die sich im Gewahrsam der verweigerungsberechtigten Personen oder der Redaktion, des Verlages, der Druckerei oder der Rundfunkanstalt befinden verboten.²¹ Die Beschränkungen der Beschlagnahme gelten allerdings nicht, wenn bestimmte Tatsachen den Verdacht begründen, dass die zeugnisverweigerungsberechtigte Person an der Tat oder an einer Begünstigung, Strafvereitelung oder Hehlerei beteiligt ist, oder wenn es sich um Gegenstände handelt, die durch eine Straftat hervorgebracht oder zur Begehung einer Straftat gebraucht oder bestimmt sind oder die aus einer Straftat herrühren (§ 97 Abs. 2 S. 3 StPO). Die Beschlagnahme bei Presse und Rundfunk ist aber auch in diesen Fällen nur zulässig, wenn sie unter Berücksichtigung von deren grundrechtlicher Bedeutung nicht außer Verhältnis zur Bedeutung der Sache steht und die Erforschung des Sachverhaltes oder die Ermittlung des Aufenthaltsortes des Täters auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre (§ 97 Abs. 5 S. 2 Hs. 2 StPO).

¹⁵§ 53 Abs. 1 S. 3 StPO.

¹⁶§ 383 Abs. 1 Nr. 5 ZPO.

¹⁷*Fricke/Gerecke AfP* 2014, 293, 294.

¹⁸*Soehring Presserecht*, 5. Aufl. 2013, § 8 Rn. 10a. § 53 Abs. 1 S. 1 Nr. 5, S. 2 StPO.

¹⁹Vgl. hierzu *Kugelman ZRP* 2005, 260, 262.

²⁰§ 53 Abs. 1 S. 1 Nr. 5 StPO.

²¹§ 97 Abs. 5 S. 1 StPO.

Im Jahr 2012 sind die Voraussetzungen einer zulässigen Beschlagnahme weiter verschärft worden.²² Nach der Neuordnung²³ entfällt das Beschlagnahmeprivileg von Presse und Rundfunk nur noch im Falle eines dringenden Tatverdachts gegen einen Medienangehörigen.

3. Durchsuchungsverbot

Die Durchsuchung der Räumlichkeiten von Presse oder Rundfunk stellt nicht nur eine erhebliche Beeinträchtigung der redaktionellen Arbeit dar. Vielmehr kommt ihr zugleich eine potentiell einschüchternde Wirkung zu. Sofern ein Informant mit der Enttarnung seiner Identität durch die staatlichen Ermittlungsbehörden rechnen muss, wird er mit hoher Wahrscheinlichkeit davon absehen, den Medien gegenüber (weitere) Angaben zu machen. Neben dem Vertrauensverhältnis zwischen Medien und Informant liegt hierin zugleich ein Eingriff in das Redaktionsgeheimnis.²⁴

Durchsuchungen in Redaktionsräumen von Presse und Rundfunk sind insbesondere zulässig, wenn es um die Verfolgung von Spuren einer Straftat oder um die Beschlagnahme bestimmter Gegenstände geht und darüber hinaus Tatsachen vorliegen, aus denen zu schließen ist, dass die konkrete Spur oder Sache sich in den zu durchsuchenden Räumen befindet.²⁵ In jedem Falle muss die Durchsuchung den Anforderungen des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes genügen. Zur Ermittlung ihrer Rechtmäßigkeit ist daher eine Abwägung zwischen dem auf die konkrete Tat zu beziehenden Strafverfolgungsinteresse und der Presse- und Rundfunkfreiheit zu treffen.²⁶ Zielt die Durchsuchung allerdings auf Materialien und Informationen, die der strafprozessualen Beschlagnahmefreiheit²⁷ unterliegen, ist die Durchsuchung stets unzulässig. Ebenso wenig darf die Durchsuchung in Redaktionsräumen oder Wohnungen von Medienangehörigen dem vorrangigen Zweck dienen, den Verdacht von Straftaten aufzuklären, die mutmaßlich durch den Informanten begangen worden sind. Erforderlich sind vielmehr hinreichende tatsächliche Anhaltspunkte für eine Straftat des von der Durchsuchung betroffenen Medienorgans.²⁸

²²Gesetz zur Stärkung der Pressefreiheit im Straf- und Strafprozessrecht (PrStG), BGBl I S. 1374.

²³§ 97 Abs. 5 S. 2 Hs. 2 StPO.

²⁴*BVerfG* NJW 2007, 1117, 1118.

²⁵§ 103 Abs. 1 S. 1 StPO.

²⁶*BVerfG* NJW 2011, 1859, 1861.

²⁷§ 97 Abs. 5 S. 1 StPO.

²⁸So aktuell *BVerfG* Beschlüsse vom 13.7.2015 – 1 BvR 1089/13, 1 BvR 1090/13, 1 BvR 2480/13, BeckRS 2015, 51131.

4. Straffreiheit der Beihilfe zum Geheimnisverrat

Neben der Verschärfung der Beschlagnahmenvoraussetzungen ist mit dem Gesetz zur Stärkung der Pressefreiheit im Straf- und Strafprozessrecht (PrStG)²⁹ die Strafbarkeit von Journalisten wegen Beihilfe zum Geheimnisverrat abgeschafft worden. Demnach sind Beihilfehandlungen einer strafprozessual zeugnisverweigerungsberechtigten³⁰ Person nicht rechtswidrig, wenn sie sich auf die Entgegennahme, Auswertung oder Veröffentlichung des Geheimnisses oder des Gegenstandes oder der Nachricht, zu deren Geheimhaltung eine besondere Verpflichtung besteht, beschränken.³¹ Straffbar bleiben dagegen die Anstiftung zum Geheimnisverrat sowie solche Beihilfehandlungen, die über das Entgegennehmen oder Veröffentlichen der Information hinausgehen.³² Letztere Konstellation soll insbesondere im Falle einer Honorarzahlung für dienstlich erlangte Informationen anzunehmen sein.³³

Allerdings ist diese Gesetzesänderung als überflüssig und systemwidrig kritisiert worden.³⁴ Insbesondere ist darauf verwiesen worden, dass die durch Journalisten begangene Beihilfe zum Geheimnisverrat bereits seit der sog. Cicero-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts³⁵ aus dem Jahr 2007 faktisch für straffrei erklärt worden sei. Ebenfalls beanstandet wurde das Spannungsverhältnis, welches aufgrund der Privilegierung der Medienangehörigen zum Interesse einer effektiven Strafverfolgung sowie zu den Persönlichkeitsrechten des Beschuldigten begründet worden sei.³⁶

²⁹Vgl. hierzu bereits oben unter III.2.

³⁰§ 53 Abs. 1 S. 1 Nr. 5 StPO.

³¹§ 353b Abs. 3a StGB.

³²BVerfG Beschlüsse vom 13.7.2015 – 1 BvR 1089/13, 1 BvR 1090/13, 1 BvR 2480/13, BeckRS 2015, 51131, Rn. 22 unter Verweis auf BT-Drs. 17/3355, S. 8.

³³BVerfG a.a.O. unter Verweis auf Fischer StGB, 62. Aufl. 2015, § 353b Rn. 30 sowie Perron in: Schönke/Schröder (Hrsg.), 29. Aufl. 2014, § 353b Rn. 21d.

³⁴Vgl. etwa Schork NJW 2012, 2694, 2696, die von einer „Entkriminalisierung für die Galerie“ spricht.

³⁵BVerfG NJW 2007, 1117 – Cicero.

³⁶Vgl. hierzu Gemeinsame Stellungnahme der Bundesrechtsanwaltskammer und des Deutschen Anwaltvereins zum Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Pressefreiheit im Straf- und Strafprozessrecht (PrStG) (BT-Drs. 17/3355), abrufbar unter <http://www.brak.de/zur-rechtspolitik/stellungnahmen-pdf/stellungnahmen-deutschland/2011/januar/stellungnahme-der-brak-2011-02.pdf>.

5. Einschränkung von Auskunftsansprüchen

Maßgebliche Bedeutung kommt dem Informantenschutz auch mit Blick auf die zivilrechtliche Verbreiterhaftung zu. Im Vorfeld der Durchsetzung von Unterlassungs- oder Schadensersatzansprüchen benötigt der Betroffene häufig Auskunft über bestimmte Fakten, die im Zusammenhang mit der angegriffenen Veröffentlichung stehen. Andererseits sind Presse und Rundfunk auf einen möglichst breiten und ungehinderten Informationsfluss angewiesen. Dieser kann jedoch empfindlich gestört werden, sofern die Medien im Rahmen einer zivilrechtlichen Inanspruchnahme zur Aufdeckung ihrer Informationsquellen gezwungen sind. Ob eine Auskunftsverpflichtung von Presse und Rundfunk besteht, bedarf daher stets einer sorgfältigen Interessenabwägung.³⁷ Ein Anspruch auf Preisgabe der namentlichen Identität eines Informanten besteht jedenfalls dann nicht, wenn die Kenntnis des Namens lediglich ein persönliches Interesse des Klägers darstellt.³⁸ Sofern aber ein Anspruch auf Auskunft gegenüber Presse oder Rundfunk bejaht wird, kann ein Medienangehöriger selbst dann zur Preisgabe der gewünschten Informationen verpflichtet werden, wenn ihm prozessual ein Zeugnisverweigerungsrecht zustünde.³⁹

IV. Vertraglicher Informantenschutz und Exklusivvereinbarung

Neben dem gesetzlichen Schutz durchaus üblich und zweckmäßig ist die vertragliche Vereinbarung von Vertraulichkeit zwischen Medien und Informanten. Mithilfe von Haftungsfreistellungs- oder Vertragsstrafklauseln kann sich der Informant auf diese Weise jedenfalls wirtschaftlich für den Fall absichern, dass seine Identität durch die Medien abredewidrig enttarnt wird. Presse und Rundfunk dagegen können sich vertraglich zusichern lassen, dass eine bestimmte Information bis zu deren Erstveröffentlichung ausschließlich ihnen zur Verfügung gestellt wird. Derartige Exklusivvereinbarungen sind grundsätzlich wirksam, sofern durch eine solche Abrede nicht die einzige Wissensquelle bezüglich eines Geschehens blockiert wird, an dem ein berechtigtes öffentliches Informationsinteresse besteht.⁴⁰

³⁷BVerfG NJW 1999, 2880 f. – Heidemörder

³⁸OLG München NJW-RR 2002, 1045, 1047. Hier ging es dem Kläger vornehmlich darum, die Namen seiner Parteifreunde zu erfahren, die ihm mit einem Flugblatt in den Rücken gefallen waren.

³⁹BVerfG NJW 1999, 2880, 2881 – Heidemörder. Begründet wird dies mit der unterschiedlichen Zielrichtung von Zeugnisverweigerungsrecht und Auskunftsanspruch. Während das Erstgenannte den Belangen der Pressefreiheit unter bestimmten Voraussetzungen generell den Vorrang einräumt, knüpft der Auskunftsanspruch an eine durch Presse oder Rundfunk begangene Rechtsverletzung an.

⁴⁰BVerfG GRUR 1968, 209 – Lengede.

Auch eine wirksame Ausschließlichkeitsvereinbarung ist allerdings nicht geeignet, andere Medienunternehmen und Journalisten an einer eigenständigen Recherche oder der Verwertung von Informationen, die vor oder außerhalb der Exklusivbindung offenbart wurden, zu hindern.⁴¹ Unlauter ist es dagegen, wenn gezielt und bewusst darauf hingewirkt wird, dass der Informant die aus der Ausschließlichkeitsvereinbarung resultierenden Pflichten verletzt.⁴²

V. Exkurs: Haftung des Informanten

Indem der Informant vertrauliche und oftmals brisante Informationen an Presse oder Rundfunk weitergibt, setzt er sich sowohl der Gefahr einer strafrechtlichen Verfolgung als auch einer zivilrechtlichen Inanspruchnahme aus.

Strafrechtlich können etwa die Tatbestände des Landesverrats (§ 94 Abs. 1 Nr. 2 StGB), der Verletzung von Privatgeheimnissen (§ 203 StGB), der Verletzung des Post- und Fernmeldegeheimnisses (§ 206 StGB), der Vorteilsannahme (§ 331 StGB), der Bestechlichkeit (§ 332 StGB), der Verletzung des Dienstgeheimnisses und einer besonderen Geheimhaltungspflicht (§ 353b StGB), der Verletzung des Steuergeheimnisses (§ 355 StGB), des Verrats von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen (§ 17 UWG) oder des § 44 Abs. 1 i.V.m. § 43 Abs. 2 BDSG relevant werden.⁴³

Zivilrechtlich kommen sowohl vertragliche als auch deliktische Ansprüche gegenüber dem Informanten in Betracht. Neben der aus dem arbeitsrechtlichen Näheverhältnis resultierenden Pflicht zur Unterlassung unternehmensschädigender Äußerungen ist der Arbeitnehmer zugleich zur Wahrung von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen verpflichtet.⁴⁴ Im Falle eines Verstoßes gegen die vertraglich vereinbarte Vertraulichkeit drohen dem Informanten eine Inanspruchnahme im Wege des Schadensersatzes sowie eine fristlose außerordentliche Kündigung des Beschäftigungsverhältnisses.⁴⁵ Ebenfalls auf Schadensersatz sowie auf Unterlassung kann der Informant über deliktische Haftungsnormen⁴⁶ in Anspruch genommen werden, sofern die von ihm offenbarten Tatsachen Rechte Dritter verletzen.

⁴¹BVerfG GRUR 1968, 209, 210 – Lengede.

⁴²BGH GRUR 2009, 173, 175 – bundesligakarten.de.

⁴³Vgl. hierzu ausführlich *Fricke/Gerecke* AfP 2014, 293, 297 f.

⁴⁴Hierunter sind solche Tatsachen zu verstehen, die im Zusammenhang mit dem Geschäftsbetrieb stehen, nur einem eng begrenzten Personenkreis bekannt und nicht offenkundig sind und im berechtigten wirtschaftlichen Interesse des Arbeitgebers geheim gehalten werden sollen, vgl. hierzu auch *Schwartmann/Ohr* Recht der Sozialen Medien (2015) IV. Kapitel, Rn. 217.

⁴⁵Vgl. hierzu *Fricke/Gerecke* AfP 2014, 293, 298.

⁴⁶§§ 823 ff., 1004 BGB.

Die Rechtsverletzung ist dem Informanten allerdings nur dann zurechenbar, wenn die Veröffentlichung seiner Darstellung entweder vollumfänglich entspricht oder er mit den gegebenen Ungenauigkeiten oder Verallgemeinerungen rechnen musste.⁴⁷ Ferner kommt die Zahlung einer Geldentschädigung in Betracht, sofern es sich auf Grund der gesamten Umstände des Einzelfalls um einen schwerwiegenden Eingriff in das allgemeine Persönlichkeitsrecht handelt und die Beeinträchtigung nicht in anderer Weise befriedigend aufgefangen werden kann. Möglich ist dies auch dann, wenn es sich um eine Persönlichkeitsverletzung durch eine nicht erweislich wahre rufschädigende Tatsachenbehauptung handelt.⁴⁸ Für den Informanten ist dies insoweit problematisch, als er nach der in das Zivilrecht transformierten Beweislastregel des § 186 StGB⁴⁹ die Richtigkeit seiner Äußerungen nachzuweisen hat.⁵⁰ Kommt er der Erfüllung dieser Beweispflicht nicht nach, unterliegt er im Prozess selbst dann, wenn der Betroffene selbst die streitgegenständlichen Behauptungen nicht widerlegen kann.⁵¹

Die medienethische Begründung des Informantenschutzes

Presse und Rundfunk können nur dann ihren Beitrag zur öffentlichen, insbesondere politischen Meinungsbildung leisten, wenn sie ungehinderten Quellenzugang haben.⁵² Häufig wird ihnen aber dieser ungehinderte Quellenzugang verwehrt. Behördenvertreter verweisen gern auf vorgebliche Geheimhaltungsinteressen, um eigenes Versagen zu vertuschen. Unternehmensvertreter machen Geschäftsgeheimnisse geltend, um Fehlverhalten unter der Decke halten zu können.

⁴⁷BGH NJW 1973, 1460, 1461.

⁴⁸BGH NJW 2014, 2029, 2033 – Sächsische Korruptionsaffäre.

⁴⁹Vgl. etwa BGH NJW 2014, 2029, 2032 – Sächsische Korruptionsaffäre m.w.N.; BGHZ 132, 13, 23.

⁵⁰Eine weitere kritikwürdige Haftungsverschärfung zulasten des Informanten sehen *Fricke/Gerecke* AfP 2014, 293, 299 dann gegeben, wenn dem Informanten bei der Beurteilung der Schwere der Persönlichkeitsverletzung die Missachtung journalistischer Sorgfaltsmaßstäbe durch die Medien angelastet wird (so in der Tendenz wohl BGH NJW 2014, 2029 - Sächsische Korruptionsaffäre).

⁵¹Gleiches gilt für das berichterstattende Medienunternehmen, welches auf die Zeugenbenennung des Informanten im Prozess verzichtet, vgl. zu dieser Problematik *Fricke/Gerecke* AfP 2014, 293, 296.

⁵²vgl. BVerfGE 5, 85, 134, 199, 206f.

Journalisten sind auf Whistleblower angewiesen in solchen Fällen. Nur so können sie ihre Wächterfunktion wahrnehmen. Nur durch Whistleblower kann sichergestellt werden, dass der Bürger, der sich nur dann umfassend und frei eine Meinung über gesellschaftlich und politische relevante Fragen bilden kann, wenn er Zugang zu allen relevanten Informationen hat, auch tatsächlich diese Meinungsbildung vornehmen kann.

Journalisten verstehen sich als Dienstleister für den Bürger. Ihre Leser, Hörer, Zuschauer oder generell Nutzer von Medienangeboten wollen Nachrichten und einordnende Kommentierung, aber sie wollen diese Nachrichten und Kommentierungen auch überprüfen können. Deshalb brauchen Journalisten und Bürger ungehinderten Zugang zu Informationen. In einigen Fällen ist dieser ungehinderte Zugang verwehrt. Hier helfen oftmals eben nur noch Whistleblower. Ohne ihre Informationen würden zahlreiche Recherchen stecken bleiben, wären viele Missstände und Skandale unentdeckt geblieben.

Nun wird aber Demokratie von vielen Bürgern zunehmend nicht mehr als Konzeption der Regierungsform gesehen, sondern als sich selbst aufzuerlegende Handlungsweise, die ihre Legitimität und ihr Potenzial erst dadurch erhält, dass sie gegen die Amtsinhaber und die durch die vertretene herrschende Ordnung agiert.⁵³ Das hat auch damit zu tun, dass die für die Willens- und Meinungsbildung der Bürger notwendige Transparenz verweigert wird.

So haben etwa immer mehr Journalisten ihre Wächterfunktion nur noch unzureichend wahrgenommen. Der zivilgesellschaftliche Protest auf genau diese Entwicklung konnte dann nach vielen Frustrationen laut Aussage betroffener Bürger nur noch in Wahlverweigerung geäußert werden.⁵⁴ Denn durch die Wahlverweigerung will der so Agierende deutlich machen, dass Amtsinhaber keine Legitimität mehr in Anspruch nehmen können.

Der Demokratiebegriff ändert sich dadurch auf breiter Front. Demokratie muss nach dieser Interpretation mit der strukturkonservativen Institutionenethik brechen. Demokratie muss wieder zu einem Kampfbegriff werden.

Zur Norm werden muss die umfassende Berichterstattung über sensible Vorgänge in diesem demokratischen Meinungskampf wieder. Sonst kann diese demokratische Auseinandersetzung nicht mehr geführt werden. Ihr fehlt dann die Basis. Sie wird aber zunehmend seltener. Die hierfür notwendige ungehinderte Information ist nur noch durch Whistleblowing möglich, weil die

⁵³Vgl.: Rancière, Jacques: Zehn Thesen zur Politik (Zürich 2008), insbesondere Seite 19ff.

⁵⁴Siehe: Welchering, Peter: Der Anwurf der ‚Lügenpresse‘ ist auch ein Hilferuf, in: Blickpunkt 2016, Nr. 2, Seite 14f.

unterschiedlichen Funktionseliten in Gesellschaft, Politik, Verwaltung und Wirtschaft diese Informationen aus Gründen der Herrschaftsabsicherung abschotten.

So erhält der Demokratiebegriff wieder eine Dynamik, und von dieser Dynamik beziehen die Agierenden ihre Motivation – allerdings derzeit gerade nicht für einen Ausbau der Wächterfunktion, sondern eher für einen Wahlboykott. Die Begründung dafür: Demokratie muss der vernetzten Inkompetenz der Amtsinhaber entgegen gesetzt werden.⁵⁵

Das durch verschiedene Amtsinhaber immer häufiger missachtete Prinzip der Volkssouveranität erhält so eine neue Aktualität. Die Volkssouveranität setzt den dekonstruktiven Diskurs über die herrschende Institutionenethik voraus. Der Institutionenethik wird eine Individualethik entgegen gesetzt. Demokratie als Versprechen wird wieder attraktiv.

Doch diese Demokratie muss ein Gegenentwurf zur Missachtung, Ungerechtigkeit und Unfreiheit schaffenden Politik der Eliten sein.⁵⁶ Demokratie als performativer Akt gegen Bürokraten und Amtsinhaber kann eine enorm befreiende Wirkung haben. Aus der Wahlverweigerung als Konstitution des Politischen gegen die nur noch formal legitimierte Herrschaftsausübung der elitären Amtsinhaber wird so ein erster Schritt hin zu einem neuen Demokratiemodell. Aus der Wahlverweigerung wird eine Bekenntnisverweigerung, die die Medien für ihre Berichterstattung und Analyse aufgreifen müssen.

Wahlen als Legitimationsinstrument sind in den Augen der so Argumentierenden abgeschafft, weil man sich der Wahl und damit dem Legitimationsinstrument verweigert hat. Dirk Jörke hat für einen beachtlichen Teil der Bürger dieser Republik festgestellt: Sie haben sehr gute „Gründe, dieses Bekenntnis zu verweigern. Denn sie machen die Erfahrung, von der ‚demokratischen‘ Gesellschaft und ihren Eliten nicht mehr hinreichend anerkannt zu werden“.⁵⁷

Der Demokratiebegriff muss deshalb auch dauerhaft vom performativen Akt gegen die Amtsinhaber zu einem Akt der Konstitution des Politischen und Begründung der Volkssouveranität werden. Der Akt der Konstitution sittlicher Würde als

⁵⁵Hier hilft die an die phänomenologische Tradition mit ihrer Reduktionsmethode anknüpfende strukturreduzierende Analyse von Jacques Derrida weiter.

⁵⁶Vgl. Derrida, Jacques: Politik der Freundschaft (Frankfurt am Main 2000)

⁵⁷Jörke, Dirk: Demokratie als Ideologie, in: Otten, Henrique Ricardo; Sicking, Manfred (Hg.): Kritik und Leidenschaft. Vom Ursprung mit politischen Ideen (Bielefeld 2011) Seite 178

Würde des Einzelnen, der immer auch Souverän ist, erinnert stark an Politikkonzeptionen bürgerlicher Provenienz. Doch von diesen Konzeptionen sind die Agierenden enttäuscht. Das bisherige Repräsentationsmodell eignet sich in ihren Augen nicht mehr, weil es die politische Freiheit der Bürger immer stärker eingeengt hat. Einer der am stärksten wahrgenommenen Gründe dafür: Die Amtsinhaber haben dem Gemeinwesen nicht gedient, sondern ihre persönliche Machtabsicherung sowie ihre kleinlichen persönlichen Vorteile gesucht – Schnäppchenjäger des alten demokratischen Systems eben.

Genau dieses System hat sich überlebt. Aber es konnte nicht verändert werden, weil nicht ausreichend über die faktischen Fehlentwicklungen berichtet wurde. Der Grund dafür war der blockierte Zugang zu den entsprechenden sensiblen Informationen. Das Volk als politisches Subjekt ist von den Amtsinhabern nicht mehr als Subjekt einer demokratischen Gestaltung der Herrschaftsform anerkannt und muss sich deshalb „als Subjekt einer unmittelbaren konstituierenden Macht begreifen, die durch die Verweigerung der bloß formelhaften Bekenntnis von Wahlen als Legitimationsgrundlage den ersten Schritt zur Konstitution eines „Subjekts des Aufstandes“ macht.⁵⁸

Darin kann eine Chance liegen, die wir aber nur nutzen können, wenn wir es schaffen, durch konsequente Wahrnehmung der Wächterfunktion den Diskurs auf Augenhöhe über genau dieses Unbehagen an den herrschenden Verhältnissen herzustellen. Das Gebot der Stunde lautet deshalb: Transparenz!

Die aber ist nur möglich, wenn Whistleblower die zur Herstellung dieser Transparenz notwendigen Informationen den Journalisten geben, damit die ihrer Wächterfunktion genügen können. Dafür müssen die Journalisten ihren Informanten wiederum uneingeschränkte Vertraulichkeit und sehr weitgehenden Schutz vor Enttarnung geben, damit die derlei sensible Information weitergeben können, ohne berufliche Nachteile, gesellschaftliche Stigmatisierung oder persönliche Bedrohung befürchten zu müssen.

⁵⁸Vgl. Abensour, Miguel: Demokratie gegen den Staat (Berlin 2012) Seite 22

Informantenschutz

Ethische, rechtliche und technische Praxis in
Journalismus und Organisationskommunikation

Welchering, P.; Kloiber, M.

2017, IX, 146 S. 7 Abb., 6 Abb. in Farbe., Softcover

ISBN: 978-3-658-08718-0